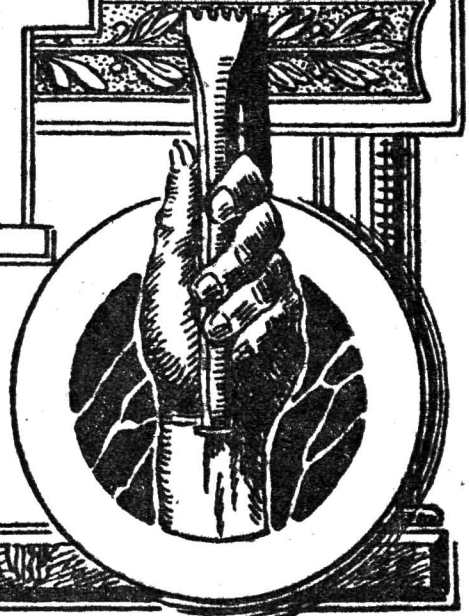
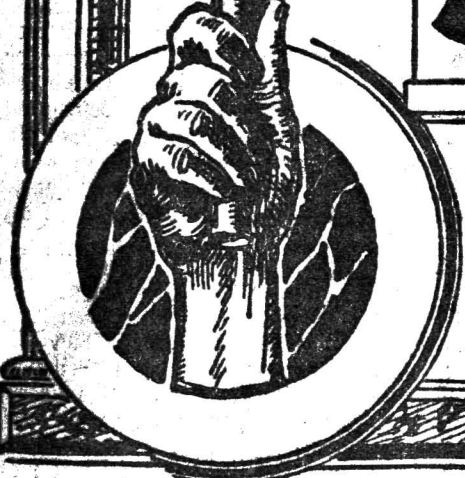


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 18.

Sonnabend, den 6. Mai 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

In folgenden Filialen stehen die Kollegen in Lohnbewegungen: Annaberg, Marburg, Potsdam, Nebra, Offenburg, Konstanz, Erfurt und Wiesbaden.

Gemeln. Die am 30. April stattgefundene Versammlung fordert die Innungsmeister auf; anfangs Juli die Tarifverhandlungen zu beginnen.

Im Streit stehen die Marmorarbeiter in Hamburg II sowie die Sandsteinmehrer in Gotha.

München. Die Aussperrung der Steinarbeiter dauert unverändert fort. Die Arbeitgeber bemühen sich, Streikbrecher heranzuziehen, bis jetzt aber ohne Erfolg. An der Aussperrung sind etwa 280 Kollegen beteiligt. Eine Firma vom Arbeitgeber-Verband hat bewilligt. Die Disziplin unter den Kollegen ist eine musterhafte.

Leipzig I. Die Leipziger Innung zog die gemachten Zugeständnisse, den Tarif um 5 Prozent zu erhöhen und die tägliche Arbeitszeit um eine 1/2 Stunde zu verkürzen, wieder zurück. Als Grund gaben die Meister das Festhalten der Gehilfenschaft an, das dahin ging, im Tarif einen Passus anzunehmen, daß die von Leipziger Meistern übernommenen Arbeiten auch hier angefertigt werden sollen. Die Meister lehnten einen solchen Passus ab und zogen alle gemachten Zugeständnisse zurück. Die Kollegen beschloßen in einer am 30. April von 280 Kollegen besuchten Versammlung in den Streit zu treten. Am 2. Mai fand wieder Versammlung statt. Resultat: 11 Innungsmeister haben bewilligt.

Sachsenwalden (Zahlstelle Kappelrodeck). Platz Kromer, Hauptgeschäft Karlsruhe, ist gesperrt. Zurreisende wollen sich beim Vertrauensmann, Kollegen Johann Weindl, Kappelrodeck, im Gasthaus zum Rößl, von abends 7 1/2 Uhr ab über das Nähere erkundigen.

Baugen. Zuzug nach Stiebig bei Baugen, Bruch Zachmann, ist fernzubalten.

Reinheim (Odenwald). Die Tarifbewegung ist zu vollen Gunsten der Kollegen beendet. Der Tarif wurde mit unwesentlichen Änderungen von den Meistern angenommen.

Rhein (Rhein). Der Streit ist zu vollen Gunsten der Kollegen beendet. Die Werkstelle Lindes, Benloer Straße, ist für Organisierte gesperrt.

Vom Bauarbeiterschutz.

Die Zentralkommission für „Bauarbeiterschutz“ hat für das Jahr 1903/04 ihren Rechenschaftsbericht herausgegeben.

Der vorliegende Bericht enthält wertvolles Tatsachenmaterial über den gegenwärtigen Stand der Unfall- und Krankenstatistik der baugewerblichen Arbeiter und der Bauarbeiterschutzgesetzgebung, sowie auch über den fortschreitenden zersetzenden Einfluß des Kapitalismus im Baugewerbe. Zur solidarischen Unterstützung der Zentralkommission bestehen zurzeit in Deutschland 203 Lokalkommissionen für Bauarbeiterschutz; die Zahl dieser Kommissionen ist fortgesetzt im Steigen begriffen. Um den praktischen Arbeiterschutz zur wahrnehmbaren Geltung zu bringen und die Behörden zu den entsprechenden Maßnahmen anzuregen, hat die Zentralkommission mit den Vertrauenspersonen im Winter 1903/1904 und im Sommer 1904 umfangreiche Erhebungen bei den Bauten angestellt, inwieweit Mißstände bestehen und die gesetzlichen Schutzbestimmungen durchgeführt werden. Die Erhebungen im Winter 1903/1904 gingen in 46 der größeren Orte vor sich, die sich auf 13 Bundesstaaten verteilen; die weitere Erhebung im Sommer 1904 erstreckte sich über 17 Bundesstaaten, und hier in 78 Orten. Insgesamt sind in den Berichtsjahren bei 246 Wertplätzen und 7092 Bauten Erhebungen angestellt worden; unter der vorher bezeichneten Zahl der Bauten waren 837 behördliche Bauausführungen. Der Bericht gibt über diese Erhebungen eine geordnete Uebersicht und zeigt, wie durch die Mangelhaftigkeit der Gerüste, Bauwunden, Ab- ortsanlagen usw. und des sanitären Schutzes bei den

Winterbauten die Krankheits- und Unfallmiserie der Arbeiter nur eine natürliche Folgeerscheinung sein kann. Diese Wirkung hat mit ihre Ursache in der ganzen Oberflächlichkeit der behördlichen Bauaufsichtigung, die durch diese Erhebungen unerbittlich zutage tritt. Die behördlichen Bauausführungen (für Rechnung des Staates oder der Kommune) zeigten in betreff des Arbeiterschutzes sich wenig unterschiedlich von denen der Unternehmerpekulationsbauten. Die kontrollierenden Vertrauenspersonen hatten hier Gelegenheit, die schädlichen Wirkungen des Unterbietungsverfahrens beim Submissionswesen von der praktischen Seite kennen zu lernen. Die Kritik, welche der Bericht deshalb gegenüber dem Submissionswesen zur Geltung bringt in besonderer Beziehung zur Forderung der Lohnklausel, wird wohl um so mehr berechtigt erscheinen müssen. — Anschließend an die Erhebungsergebnisse folgt eine tabellarische Zusammenstellung der Unfälle in den zehn Jahren 1893 bis 1902 nach dem ursächlichen Zusammenhange. In dem vorgenannten Zeitraum sind im Baugewerbe 94610 entsehrdige Unfälle amtlich festgestellt worden.

Die Petitionsbewegung der Arbeiter für und die der Unternehmer gegen den Bauarbeiterschutz ist in der Schrift ebenfalls in begrenzter Weise dargestellt und steht im engen Zusammenhange mit den Verhandlungen der Bauarbeiterschutzfrage usw. im Reichstage und den Landtagsparlamenten. Die Tätigkeit der Berufsvereinigungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung erhält eine scharfe Kritik durch die übersichtliche Darstellung der Unfallstatistik und der Ausgaben für die Ueberwachung der Betriebe durch die technischen Aufsichtsbeamten. Dieses Zahlenmaterial erbringt den unabweislichen Beweis, wie wenig die Forderung des Befähigungsnachweises von seiten der berufsgenossenschaftlichen Zünftler im Dienst des wahrnehmbaren Arbeiterschutzes steht. Umso mehr ist deshalb die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes und die Organisation der behördlichen Bauaufsicht durch die amtliche Mitwirkung der Arbeiterbaukontrolleure dringend erforderlich. — Wir leben im Zeitalter der fortschreitenden Entwicklung, und in den Dienst der Bewegung für den Arbeiterschutz und die Sozialgesetzgebung treten neue Hilfsmittel: die hygienischen Ausstellungen. Die Zentralkommission hat auch hier bahnbrechend mit eingegriffen und auf der Reichs-Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt z. z. zu Charlottenburg ein größeres Baumodell mit konstruktiven Gerüsten, Unfallschutz usw. und außerdem eine Baubude und Abortanlage in natürlicher Größe aufgestellt. Die dem Bericht als Anhang beigegebene „Anleitung zur ersten Hilfe bei Unfällen und Verhütung von Erkrankungen der Bauarbeiter“ verdient gewiß eine besondere Würdigung.

Die Bauarbeiterschutzgesetzgebung hat in den letzten Jahren wieder eine beachtenswerte Erweiterung erfahren. In den Bundesstaaten Baden, Bayern, Hamburg, Lübeck, Preußen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Neuch à. L. sind Landesverordnungen erlassen; die Kenntnisnahme dieser Schutzbestimmungen ist für die Arbeiter unbedingt erforderlich und sind dieselben deshalb auch in dieser Schrift wiedergegeben. Um aber auch bei den hier in Betracht kommenden vielseitigen Fragen, welche in diesem Bericht behandelt werden, eine leichte Handhabung und Information zu ermöglichen, ist ein Inhaltsverzeichnis und alphabetisches Sachregister beigelegt worden. So bietet auch diese Schrift für die Agitation und in dem Kampf für den Arbeiterschutz neues und brauchbares Material und wird dazu beitragen, den Forderungen der Arbeiter mehr Nachdruck zu geben.

Zur Frage der Einführung von Unterstützungseinrichtungen.

II.
Nächst der Reiseunterstützung begegnet wohl bei den jetzigen unsicheren Erwerbsverhältnissen die Arbeitslosenunterstützung der meisten Sympathie. Was vorher über die Unterstützungseinrichtungen im allgemeinen gesagt ist, gilt hier speziell für diese Unterstützung. Es wäre zu untersuchen, ob eine Arbeitslosenunterstützung bei den ungün-

stigen Verhältnissen unsres Berufs durchführbar ist. Leider läßt sich dies aus den beschränkten Zahlen unsrer Statistiken und Abrechnungen nicht mit absoluter Bestimmtheit berechnen. Auch verfügt nicht jeder über genügend freie Zeit, sich dieser Arbeit zu unterziehen. Es soll auch gar nicht der Zweck dieser Zeilen sein, mit mathematischer Genauigkeit die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung zu beweisen, sondern nur in großen Zügen die Möglichkeit derselben zu beleuchten.

Nach unsrer letztjährigen Statistik waren 2312 Mann arbeitslos. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt etwa 11 Wochen. Dies sind 25 432 arbeitslose Wochen. Die Zahl ist erschreckend hoch, und wären diese Wochen alle zu unterstützen, so müßten wir von vornherein unsere Bemühungen aufgeben. Aber die Sache ist nicht so gefährlich, wie sie aussieht. Bei allen Unterstützungen besteht eine Karenzzeit, keine Unterstützung wird vom ersten Tage an gewährt. Nehmen wir an, für die ersten 3 Wochen wird keine Unterstützung gezahlt und von da ab auf die Dauer von 4 Wochen. Die Zahl dieser unterstützungsberechtigten Wochen betrug im Vorjahre 7000. Das klingt schon etwas beruhigender. Aber auch diese Zahl verringert sich noch erheblich dadurch, daß diese 4 oder mehr Wochen zum Teil von Einzelnen erst durch wiederholte Arbeitslosigkeit erreicht wurden und in diesem Falle keine Unterstützung gewährt wird. Auch muß in Betracht gezogen werden, daß an manchen Orten die Unsitte besteht, jeden Tag, den man nicht auf dem Plage ist, als arbeitslos zu bezeichnen. Im Laufe des Jahres kommt so manche Woche zusammen, die eher alles andere ist, aber nicht arbeitslos. Besonders in ländlichen Distrikten, wo die Kollegen tageweise ihrer Landwirtschaft nachgehen, mag dies zutreffen. Auch die reisenden Kollegen, die gewiß einen großen Teil der Arbeitslosen ausmachen, wären hiervon noch in Abzug zu bringen. Denn vor der Hand müßte die Reiseunterstützung noch bestehen bleiben. Soweit lägen die Verhältnisse gar nicht so ungünstig, wenn nicht zuletzt noch ein großes Aber — käme. Von 8624 organisierten Kollegen haben sich an der Statistik nur 3484 beteiligt. Es ist dies noch lange nicht die Hälfte. Wenn jetzt aus all den angeführten Gründen die Zahl der zu unterstützenden Wochen erheblich vermindert werden konnte, müssen wir sie jetzt verdoppeln. Es kämen demnach 15 000 Wochen in Betracht. Sedenfalls ist diese Zahl sehr hoch gegriffen. Man nimmt doch an, daß die größeren und durch ihre Mitgliederzahl ausschlaggebenden Orte sich an der Statistik beteiligt haben und nur kleinere Orte, bei denen der organisatorische Gedanke noch nicht so stark ist, fehlen. Und diese sucht man wieder in den Bruchgegenden, die unter der Arbeitslosigkeit noch nicht so sehr zu leiden haben, als die großen Städte, die sich an der Statistik beteiligt haben. Dies würde die Zahl wieder etwas zugunsten der Berechnung vermindern, aber es ist immer besser, einen ungünstigeren Fall anzunehmen.

Von vornherein muß nun als feststehend betrachtet werden, daß mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine ziemliche Erhöhung der Beiträge in Hand gehen muß. Bei einer Mitgliederzahl von 8624 werden bei einer jährlichen Leistung von 40 Arbeitswochen 344 960 Beiträge entrichtet. Bei einer Erhöhung von 15 Pfg. würde sich die Summe von etwa 51 700 Mk. Mehreinnahme ergeben. Dem gegenüber stehen 15 000 zu unterstützende Wochen, sagen wir einmal à 3.60 Mk. (pro Tag 60 Pfg. wie bei der Reiseunterstützung), so ergibt dies eine Ausgabe von 54 000 Mk. Aus der Zentralkasse wäre ein ganz geringer Beitrag zu entrichten. Da aber der ungünstigste Fall angenommen ist, würde dies gar nicht in Betracht kommen.

Wenn auch die vorstehende Berechnung auf Unfehlbarkeit nicht Anspruch macht, auch der Verbandsvorstand kann uns eine solche nicht machen, so ergibt sich doch, daß die erstbetonte Anschauung von der Undurchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung nicht stichhaltig ist. Auch ist nicht zu vergessen, daß eine derartige Unterstützung von unten herauf immer weiter ausgebaut werden muß und daher der Anfang nur ein sehr bescheidener sein kann. Es muß nun aber auch noch die Frage aufgeworfen werden, wie sich unsere Kollegen zur Arbeitslosenversicherung stellen werden. Die Erfahrung mit der Krankenunterstützung hat bewiesen, daß diese Frage nicht überflüssig ist. Die Parteien werden sich zum Unterschied in diesem Falle nicht in Granit- und Sandsteinarbeiter spalten, sondern in Stadt- und Bruchgegenden allmählich bemerkbar macht, ist dies doch

* Auch die Petition der Steinmehrer gegen die Bundesratsverordnung fand in der Schrift in der eingehendsten Weise Erwähnung.

nicht in dem Maße wie in den großen Städten der Fall. Dieser Grund wird herhalten müssen, um die Arbeitslosenunterstützung zu befähigen, genau so ohne Berechtigung, wie bei der Krankenkasse den angeblichen Krankheitsunterschied. Die Kollegen bedenken nicht, daß in nicht allzu ferner Zeit ein Unterschied in der Arbeitslosigkeit zwischen Stadt und Land aufgehört haben wird. Ueber die Wirkung der Arbeitslosenunterstützung sagte der württembergische Gewerbeinspektor Hardegg folgendes: Er beurteilt dieselbe sowohl als Kampfmittel, wie auch in ihrer sozialpolitischen Wirkung. „Schutz gegen die wirtschaftliche Misere bewahrt alle diejenigen, welche nicht verkommen wollen, auch vor der moralischen, und diese Wirkung der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften muß von jedem rechtlich denkenden Menschen anerkannt werden. Die Landstrafe demoralisiert, sie drückt die sittliche und damit auch die technische Qualität unserer Arbeiter herunter.“ Die Arbeitslosenunterstützung, indem sie gegen Vagabondage und gegen das böllige Herausgeworfenwerden aus geordneten, wenn auch bescheidenen Verhältnissen ankämpfe, leiste somit den Arbeitgebern, die ohne tüchtige Arbeitskräfte nur Geringes leisten könnten, den allergrößten Dienst.

Als weiterer Unterstützungsweig käme die Krankenunterstützung in Betracht. Auch da kann die Gewerkschaft helfend eingreifen. Aber es muß in Erwähnung gezogen werden, daß im Krankheitsfalle die größte Not, wenn auch in vielen Fällen sehr unzulänglich, durch die gesetzliche Krankenversicherung gelindert wird. Auch ist dem Einzelnen die Möglichkeit gegeben, durch private Versicherung das unzulängliche der gesetzlichen Versicherung zu ergänzen. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt kommt ein Kranker auch als Lohndrücker, wie dies beim Arbeitslosen der Fall ist, nicht in Betracht. Auch ermuntert die Erfahrung mit der Behandlung des letzten Entwurfes der Geschäftsleitung nicht zu einer Wiederholung. Gleichfalls haben Invaliden- und Sterbeunterstützung eine untergeordnete Bedeutung.

Zum Schluß sei nochmals darauf hingewiesen, daß das Bedürfnis der Unterstützungsanstalten und speziell der Arbeitslosenunterstützung, allseitig anerkannt ist. Die so wichtige Arbeitslosenunterstützung ist nicht undurchführbar. Klein angefangen, können wir mit der Zeit unsern Kollegen in der Not eine wirksame Hilfe bieten. Nur an den Kollegen selbst liegt es, durch Unterordnung des Spezialinteresses unter das allgemeine Wohl, eine Folge der Sünden unseres Klassenstaates zum Teil wenigstens wieder gut zu machen. Und wenn die Kollegen allerorts sich bei Zeiten mit dieser Frage vertraut machen, so wird der Erreichung dieses Zieles schon viel geholfen sein. Es soll nicht im Mindesten die große Schwierigkeit der Durchführbarkeit dieses Planes bestritten werden. Aber das Ziel ist ein so hehres, daß es des Schweißes der Kollegen wert ist, danach zu streben. Die Arbeiterschaft hat schon ganz andere Hindernisse überwunden.

Altwarthau. Braun.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen.

Das Agitationskomitee der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften, das seinen Sitz in Elberfeld hat, veröffentlicht in der Freien Presse eine Uebersicht über die Entwicklung und den Stand der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen bis Ende 1904.

Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß bis vor gut zehn Jahren das in Frage kommende Gebiet als ein Schmerzenskind der Gewerkschaften galt. „Statt um bessere Lohn- und sonst günstigere Arbeitsbedingungen, kämpften die rheinisch-westfälischen Arbeiter lieber um Papst oder Luther,“ heißt es u. a. in dem Bericht. Konfessionelles Gezänk schlimmster Sorte war an der Tagesordnung. Hinter diesem Treiben standen aus leicht begreiflichen Gründen kapitalistische Interessengruppen.

Zureisende gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gingen meist in den weitverbreiteten Altimbinvereinen unter oder wanderten schnell wieder weiter.

Resigniert betrachteten die leitenden Gewerkschaftskreise Rheinland-Westfalen als ein Gebiet, wo nichts zu machen sei. „Tatsache sei denn auch, daß dieses Gebiet von den Zentralvorständen lange Zeit fast völlig vernachlässigt worden sei.“

Nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise 1891/93 begannen auch in dieser Gegend ein regeres gewerkschaftliches Leben zu pulsen. Es gelang allmählich einer Anzahl landeskundiger Kollegen, in den einzelnen Orten ihren Verbänden stabilen Anhang zu verschaffen. Sobald dies die kirchlichen Demagogen merkten, predigten sie dort auf einmal den Arbeitern konfessionelle Toleranz, es wurden überall, wo sich unsere Agitation bemerkbar machte, „interkonfessionelle christliche Gewerbevereine“ gegründet. Oft geschah und geschieht das so auffallend, daß auch der Dünmste merken muß, daß die christlichen Gewerbevereinsgründer nicht um der Arbeiterwohlfaht willen, sondern zur Hemmung der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ die Sonderverbände ins Leben rufen. Es ist unbestritten, daß die christlichen Gewerbevereine parteipolitischen Motiven ihre Entstehung verdanken, es sind im Grunde genommen Zentrumsgründungen. Daß schließlich diese Vereinigungen häufig einen andern Weg gingen und gehen, wie es ihren Tausenden recht ist, dafür können letztere nicht, das besorgt die wirtschaftliche Entwicklung.

Die von der Zentrale in M.-Gladbach ausgehende Sonderbündelei hat die Entwicklung der Gewerkschaften nicht aufhalten können. Es war das aber die Veranlassung mit, in den organisatorisch tätigen Kollegen den Wunsch nach einer besseren und ständigeren Fühlung regen werden zu lassen. Allgemeine Gewerkschafts- und Kartell-Konferenzen wurden abgehalten. Die erste fand 1899 in Milheim-Ruhr statt, wo zirka 30 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten waren. Die 1901 in Elberfeld tagende Konferenz setzte eine ständige Agitationskommission ein, bestehend aus den besoldeten Gauleitern der angeschlossenen Verbände. Die Agitationskommission tritt je nach Bedarf, manchmal alle zwei Wochen zusammen. Die Mitglieder berichten über die stattgefundenen oder noch stattfindenden Streiks, beraten über die Taktik bei Lohnkämpfen und Tarifabschlüssen. Sie teilen sich ihre Erfahrungen aus den Kämpfen mit den Konkurrenzverbänden mit und vermitteln gegenseitige Belehrung in allen einschlägigen

Fragen. Unzweifelhaft hat diese Einrichtung schon sehr segensreich gewirkt.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß seit der Zeit, wo man dazu überging, besoldete Gauleiter und Lokalbeamte anzustellen, erst ein statistisches Aufwärtsstreiten der Mitgliederzahl zu verzeichnen sei. Während es vorher fast die Regel war, daß ausflühende Ortsvereine durch Maßregelung der führenden Personen wieder zurück- oder ganz eingingen, trete jetzt der freigestellte Gewerkschaftsbeamte ein. Dadurch ist dem Scharfmachertum ein Schnippen geschlagen. Das hat sogar zur Folge gehabt, daß Maßregelungen seltener werden und sogar ganz aufhören. Die Mitgliederzahl und ihre Vorwärtsbewegung ist dadurch stabiler, die Geschäftsführung und das Kassengebaren geordneter geworden.

Ende 1904 waren in dem Agitationsbezirk 60 Gewerkschaftsbeamte (Gauleiter und Lokalbeamte) angestellt. Davon entfielen 24 allein auf den Metallarbeiterverband. Seine rheinisch-westfälische Mitgliedschaft betrug 1895 durchschnittlich 1875, war 1899 auf 4974 gestiegen, 1901 auf 9049. Von da an beginnt hauptsächlich die Anstellung von Lokalbeamten. 1903 hatte sodann der Verband im Bezirk 20 039 und 1904 23 070 Mitglieder.

Der Maurerverband hatte hier im Jahre 1902 3528 Mitglieder, 1904 durchschnittlich 11 467 und besaß 8 angestellte Beamte.

Der Buchdruckerverband hat sich in den letzten Jahren so enorm verstärkt, daß der Gau Rheinland-Westfalen, früher einer der schwächsten, jetzt der an Mitgliedern zweitstärkste Gau im Buchdruckerverband ist.

Ein erstmaliger Ueberblick über den Stand der freien Gewerkschaften durch Aufnahme einer Statistik ergab ein erfreuliches Resultat. Leiden hatten nicht alle Gewerkschaften diese Fragebogen ausgefüllt, immerhin zeigte sich folgendes Ergebnis: Während die freien Gewerkschaften in den beiden Provinzen 1899 ungefähr 40 000 Mitglieder besaßen, belief sich ihre Zahl Ende 1904 auf rund 140 000.

Nachfolgende Tabelle zeigt den Stand von Ende 1904, wobei zu bemerken ist, daß der Zeitpunkt insofern für die Bauarbeiter ein ungünstiger ist, weil um diese Zeit schon wieder zahlreiche Bauarbeiter in ihre Heimat abgereist sind.

Namen der Organisationen	Zahl der Ortsvereine (Zirkeln)		Zahl der Mitglieder		Zahl der bes. Gau- u. Lokalbeamten
	1903	1904	1903	1904	
Dachbeder	17	18	255	616	—
Maurer	37	41	6 887	8 761	8
Buchdrucker	46	50	3 880	3 926	2
Handels- u. Transp.	12	18	1 418	2 314	2
Steinarbeiter	9	7	172	254	—
Maler u. Anstreicher	37	34	1 815	2 498	1
Schneider	32	33	1 747	1 873	1
Tabakarbeiter	1	1	22	43	—
Schmiede	14	22	492	1 001	1
Textilarbeiter	44	52	10 676	9 703	5
Metallarbeiter	56	56	19 356	25 826	24
Bergarbeiter	204	227	48 596	58 000	4
Steinseher	8	15	183	600	1
Schuhmacher	20	24	805	988	1
Bau-, Erd- u. gewerbliche Hilfsarbeiter	32	38	2570	4 817	2
Vorzellanarbeiter	11	13	353	382	—
Mühlensarbeiter	4	6	20	100	1
Zimmerer	33	34	1 813	2 392	1
Holzarbeiter	51	51	4 091	6 743	4
	668	740	104 151	180 837	58

Keine Angaben haben gemacht die Bäcker, Brauer, Bildhauer, Böttcher, Buchbinder, Hafenarbeiter, Lederarbeiter, Maschinisten und Heizer und Tapezierer.

Gegenwärtig, nach dem großen Bergarbeiterstreik, wird die Zahl der unfern Gewerkschaften angeschlossenen rheinisch-westfälischen Arbeiter rund 200 000 erreicht haben.

Und so ergibt sich das ungemein interessante Bild, daß die Zentralorganisationen gerade dort am meisten Fortschritte gemacht haben, wo die Christlichen glaubten, nur allein ihr Domizil aufschlagen zu können. Aber auch die christliche Arbeiterschaft in dieser Gegend hat es erkannt, daß die Herren Kapläne und andern Zentrumsleuchten diese nicht deshalb organisieren, um dem Unternehmertum wirtschaftliche Vorteile abzurufen, sondern um sie lediglich vor den Zentrumssternen spannen zu können. Die christlichen Führer in der Gewerkschaftsbewegung, die immer die konfessionelle Frage mit der gewerkschaftlichen Organisation verbinden, mögen sich deshalb folgenden Versmerken:

Nur Lören und Verräter,
Sie teilen uns geschwind,
In „Christen“ und „Nichtchristen“,
Wo wir doch Brüder sind.

Aus dem Lahntale.

An einem der schönsten Punkte des Lahntals liegt der Ort Billmar, den Steinarbeitern Deutschlands bekannt als Mittelpunkt der Marmorindustrie des Lahntals. Schon seit Jahrhunderten wird hier Marmor gebrochen, der zu Innendekorationen der Kirchen und Patrizierhäuser vielfach Verwendung fand. Später, im vorigen Jahrhundert, als die Herrschaft des Kapitals sich der Marmorindustrie bemächtigte, war es zuerst eine französische Gesellschaft, die die Marmorwerke kapitalistisch betrieb. Einige Male wechselten sie ihren Besitzer; jetzt gehören diese Marmorwerke der Firma Dykerhoff u. Neumann, die ihren Sitz in Wehlar hat. Zurzeit werden in den Werken ca. 130 Arbeiter beschäftigt. Die Produktionsfähigkeit dieses Werks ist eine sehr große, denn sie hat in vorzüglicher Weise sich die Maschinenindustrie für die Steinbearbeitung eingerichtet. Außer dem Marmorwerk sind auch noch in Billmar ca. 15 Kleinmeister vorhanden, einige davon beschäftigen nur Lehrlinge, teilweise ist ein Geselle dann der Meister. Auch sind noch einige Geschäfte vorhanden, die bis zu 12 Mann beschäftigen. Einschließlich aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter ist die Zahl von 200 Arbeitern nicht zu hoch gegriffen. Noch einer andern Industrie ist Erwähnung zu tun, es sind dies die Steinbrecher, die in den Marmorbrüchen arbeiten. Der gebrochene Fels wird, soweit er nicht zu Werksteinen verarbeitet wird, zu Kalk gebrannt. Die Ausbeutung der Brüche geschieht durch die Firma Krupp in Essen. Da nun nicht alle ausgeleiterten Lehrlinge Beschäftigung finden können, müssen sie in der Fremde ihr Brot suchen.

Schon wiederholt waren Versuche unternommen worden, die Kollegen von Billmar zu organisieren, stets fast

ohne Erfolg. Nun hat aber den Steinarbeitern das Kapital selbst gezeigt, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Die Löhne waren fortwährend im Sinken und die Arbeitsanforderungen größer geworden. So sind zum Beispiel Löhne bezahlt worden pro Monat mit 40 und 50 Mk. Es verdienten dies Arbeiter, die über 18 Jahre alt sind. Stundenlöhne wurden laut Monatsabrechnung von sage und schreibe 16—32 Pfg. höchstlohn herausgerechnet. Die Lohnzahlung ist eine vierwöchentliche. Tarif existiert nicht, Stückberechnung ebenfalls nicht. Wie eigentlich der Lohn ausgerechnet wird, das vermag kein Kollege zu sagen. Alle 14 Tage gibt es Vorschuh, und alle 4 Wochen kommt der Meister mit dem Buche und sagt jedem Kollegen, so viel hast du verdient. Reklamiert der Arbeiter, so ist vielfach die Antwort: „Ich habe dir besonders gut gerechnet.“ Die Arbeitszeit ist 10 Stunden, jedoch wird nach Bedarf bis 9 Uhr abends geschuftet. Ein Arbeiterausschuß existiert nicht. Bei der Ausführung der Marmorarbeiten zum evangelischen Dom in Berlin wurde auch Sonntags gearbeitet, jedenfalls aber ohne Wissen des Herrn Pfarrers.

Um nun diese Zustände etwas zu bessern, haben sich die Arbeiter organisiert. Kaum daß die Organisation gegründet war, wurde 8 Kollegen gefänglich, darunter den Vorstandsmittgliedern. Grund: „Arbeitsmangel“. Als die Kollegen wegen der Entlassung vorstellig wurden, weil noch teilweise viele Kollegen nach ihnen eingestellt wurden, wurde ihnen der Bescheid, wir regeln, wie wir wollen.

Am Sonntag, den 16. April, sollte nun in Billmar die erste Steinarbeiterversammlung stattfinden; ein Saal war gemietet und die Kollegen waren mittels Laufzetteln auf die Wichtigkeit der Versammlung aufmerksam gemacht worden. Freitag wurde seitens des Wirts Bargon die Mitteilungs an den Vorstand gesandt, er könne und dürfe den Saal nicht hergeben. Der Wirt zur Krone erklärte sich nun bereit, seinen Saal zur Abhaltung der Versammlung zu geben. Die Genehmigung seitens des Bürgermeisters erfolgte anstandslos. Um 12 Uhr teilte der Wirt mit, ich kann den Saal nicht hergeben, der Herr Pfarrer leidet es nicht. Für die Christlichen ist diese Haltung eines Geistlichen wahrscheinlich sehr interessant. Als Referent zu dieser Versammlung war Kollege Ad. Herrmann-Frankfurt erschienen. Als der Referent den Vorfall erfuhr, machte er den Vorschlag, selbst zu dem Pfarrer zu gehen und mit demselben Rücksprache zu nehmen. Drei Kollegen erklärten sich bereit, mitzugehen. Der Herr Pfarrer jedoch empfing an die Deputation im Pfarrhause. Kollege Herrmann erläuterte dem Herrn Pfarrer den Zweck seines Hierseins. Der Herr Pfarrer gab zu, auf die Saalbesitzer eingewirkt zu haben, unter anderem sagte er, es solle dies eine sozialdemokratische Versammlung werden. Kollege Herrmann gab sich die größte Mühe, den Herrn Pfarrer zu überzeugen, daß wir nur wirtschaftliche Interessen verfechten wollen. Er lud den Herrn Pfarrer ein, in die Versammlung selbst zu kommen und sich zu überzeugen, oder den Herrn Kaplan oder ein Mitglied des Kirchenvorstands zu senden. Der Herr Pfarrer blieb unerbittlich und die Kommission mußte unverrichteter Sache fortgehen. Die Kollegen, die sich in großer Anzahl in dem Wirtszimmer eingefunden hatten, waren nicht sehr erbaut von der Antwort des Herrn Pfarrers. Die Meinung selbst von Gegnern war die, man hätte erst den Redner sprechen lassen sollen und dann urteilen. Das große Wirtszimmer war gedrängt voll, als der Vorsitzende bekannt machte, die Versammlung kann nicht stattfinden, und den Grund angab. Des weiteren gab er noch bekannt, daß Kollege Herrmann, falls es ihnen angenehm sei, etwas aus dem Leben der Steinarbeiter erzählen wolle. Dies wurde mit lautem Bravo aufgenommen. Drei Vierteltunden erzählte er den Kollegen den Lebensgang eines Arbeiters und zeigte an Beispielen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter sich organisieren. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sehr zu bedauern war, daß sich die Kollegen nicht eingefunden hatten, die öfters in den großen Städten mit Bergarbeiten beschäftigt sind, besonders hätte es die anwesenden Kollegen getreut, wenn dieselben aus dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen mit den Organisationsverhältnissen der betr. Städte die erschienenen Kollegen aufgeklärt hätten. Die Erfahrungen, die dieselben bezüglich der Organisation am Berliner Dom und Basar Bertheim gemacht haben, hätte jeden der Monteure und manchen Kollegen überzeugt, wie notwendig eine Organisation ist.

Seitens der Gauleitung werden Kontrollkarten an die einzelnen Zahlstellen ausgegeben werden, damit die Kollegen, die auswärts auf Nacharbeit gehen, einen Ausweis haben über ihre Zugehörigkeit zur Organisation. Nachdem noch Kollege Herrmann auf verschiedene Anfragen Auskunft erteilt, erklärten eine größere Anzahl Kollegen ihren Beitritt zum Verband.

Die Entrüstung über den Herrn Seelhorger unter den Kollegen war eine große, aber vollauf berechtigte. Dieser Herr mag sich um das Seelenheil seiner Pfarrangehörigen kümmern, die Steinarbeiter sind selbst Manns genug, um ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen und zu vertreten. Die Steinarbeiter des Lahntals sind entschlossen, sich ihr Koalitionsrecht nicht rauben zu lassen, und werden nach folgendem Vers handeln:

Wer uns auch schändet, knechtet, plagt,
Zur Fahne stehen wir unverzagt,
Tyrannermacht, die muß verschwinden,
Nur wahre Freiheit wir verkünden.

Die Münchner Steinmetz-Ausperrung vor dem Einigungsamt.

Gerichtsrat Dr. Brenner hatte am 25. April, nachmittags, ohne daß von den Parteien das Einigungsamt angerufen worden wäre, die Parteien ex officio vorgeladen, um zu versuchen, die Differenzen im Steinmetzgewerbe in Güte beizulegen. Die nahezu dreistündigen Verhandlungen zeitigten indessen, trotzdem die Kollegen das denkbar weitgehendste Entgegenkommen zeigten, ein negatives Resultat. Der Tarif, den die Unternehmer den Steinmetzen anbieten, enthält sowohl in bezug auf Arbeitszeit wie Entlohnung ganz bedeutende Verschlechterungen! An Stelle des von den Kollegen geforderten Minimalstundenlohns von 60 Pfg. bieten die Unternehmer einen Stundenlohn von 55 Pfg., d. h. im ganzen Betriebe eines Unternehmers müßte insgesamt ein DurchschnittsStunden-

lohn von 55 Pfg. herauskommen, wobei sich die Unternehmer die Festsetzung des Lohnes für den einzelnen Arbeiter vorbehalten. Dadurch würde der Willkür für und für geöffnet. Unsere Kollegen machten den Vorschlag, daß im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit der Minimallohn 50 Pfg., im 2. und 3. Jahre 55 Pfg., im 4. Jahre 60 Pfg. betragen soll, wobei sie darauf hinwiesen, daß schon im vergangenen Jahre der Durchschnittslohn 58,2 Pfg. betragen habe. Dieser Vorschlag wurde von den Schärfmachern abgelehnt. In Anbetracht der kolossalen Verschlechterungen konnte sich die Kommission natürlich nicht dazu entschließen, den Vorschlag der Unternehmer zu akzeptieren, sie überließ die Entscheidung einer Gehilfen-Versammlung. Zu diesem Zwecke wurde die Verhandlung nach dreistündiger Dauer ausgesetzt.

Die am Abend stattgehabte, äußerst stark besuchte Versammlung unserer Kollegen beschloß, an der Festlegung von Minimallohnen, sowie an der neunstündigen Arbeitszeit festzuhalten und so lange im Streik zu verharren, bis die Arbeitgeber den Vertretern der Arbeiter etwas mehr entgegenkommen.

Die Schärfmacher im Steinmetzgewerbe, wo zurzeit Herr Großmann die erste Geige spielt, werden gut tun, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Manchem der Herren geht das Wasser ohnehin bis an den Hals.

Die Herren Unternehmer sind emsig an der Arbeit, Streifbrecher zu engagieren. Erfolg bisher Null. Glauben denn die Herren Steinmetzmeister, darauf rechnen zu können, daß sich die Streifbrecher in Bayern so leicht finden und den Münchner Steinmetzmeistern die Kastanien aus dem Feuer holen?

Unsre Kollegen bewahren bisher, und so sicherlich auch in der Zukunft, eine musterhafte Ordnung. Für die Polizei lag bisher noch keine Veranlassung vor, von ihrem besonderen Wohlwollen uns gegenüber Gebrauch zu machen. Wir können heute schon mitteilen, daß sich der Arbeitgeberverband zersplittern wird; denn einige Unternehmer wollen, ehe sie vollständig Schiffbruch leiden, noch einen letzten Rettungsversuch machen, und zwar in der Gestalt, daß sie die Forderungen der Kollegen bewilligen und so mindestens ihre Betriebe wieder weiterführen können.

So leicht, wie die Herren Steinmetzmeister dachten, uns an die Wand drücken zu können, geht es nicht, vielleicht umgekehrt.

Berschleppungstaktik der Chemnitzer Meister.

Die Tarifunterhandlung in Chemnitz will nicht recht in Fluß kommen. Die Unternehmer erhielten am 12. März unseren Tarif. Diese hatten, aber bisher keine Zeit, sich unseren sehr spezialisierten Tarif etwas näher anzusehen und Tarifverhandlungen anzuknüpfen. Die Chemnitzer Meister wollen diese Verhandlungen großmütig im September beginnen; auf diese Zuborkommenheit lassen sich mit Recht die organisierten Steinarbeiter unter keinen Umständen ein. Was wollen diese Herren denn eigentlich für eine eigenartige Taktik einschlagen mit diesem so spät hinausgerückten Verhandlungstermine. Nichts anderes doch, als bis dorthin die Arbeiten fertigstellen zu lassen und den Steinmetzen nach Belieben die einzelnen Positionen gefälligst zu diktiert. So schlau wie diese Herren sind die Steinmetzen auch, um dieses Manöver durchzuführen zu können. Wenn die Unternehmer jetzt wirklich keine Arbeit haben, nun gut, dann müssen sie erst recht Zeit haben, um mit der Tarifkommission den Tarif durchzuberaten. In ganz Deutschland ist es in der Steinindustrie üblich, im Frühjahr mit den Steinmetzen in Tarifverhandlungen einzutreten, in Chemnitz wollen diese Unternehmer das Gegenteil. Daß der Chemnitzer Tarif einer gründlichen Beratung bedarf, beweist, daß derselbe schon 1897 in Kraft trat und daß alljährlich sogenannte Nachtragsbestimmungen ausgearbeitet werden mußten. Wenn nun die Kollegen ein solches Mitglied beiseite stellen wollen, so ist dieses erklärlich. Allerdings muß gleich erwähnt werden, daß einzelne Positionen unter allen Umständen aufgebessert werden müssen. Der Chemnitzer Tarif ist im Punkte „Lohnsatz“ wohl der schlechteste von ganz Sachsen. In allen Nachbarstädten sind die Preise für Flächen, Glieder usw. höher als in Chemnitz.

Daß die Kollegen ein sehr großes Interesse an der Lösung der harrenden Unterhandlungen haben, geht wohl am besten daraus hervor, daß die Versammlungen in der letzten Zeit immer äußerst stark besucht sind. Auch am Sonntag, den 30. April, fand wieder eine Steinarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kollege Staudinger-Weipzig über die Entwicklung des Tarifwesens in Deutschland referierte. Das eigenartige Gebaren der Chemnitzer Steinmetzmeister rüde er selbstredend ins richtige Licht. Staudinger gab am Schluß seiner Ausführungen einen allgemeinen Ueberblick über den Stand der Lohnbewegung unseres Verbands. Die Diskussion, an der sich 17 Redner beteiligten, war eine recht sachliche. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute, Sonntag, 30. April 1905, tagende, äußerst stark besuchte Steinarbeiter-Versammlung beschließt, auf das Schreiben der Herren Meister vom 28. April 1905 folgendes zu erwidern: Die organisierten Steinarbeiter von Chemnitz erklären, daß die im genannten Schreiben angedeuteten Tarifunterhandlungen längstens Anfangs Juli d. J. zu beginnen haben, und bis Mitte August abgeschlossen sein müssen. Der neue Tarif hat am 1. September d. J. in Kraft zu treten und bis dahin behält der alte Tarif volle Gültigkeit. Die Unterhandlungen sind nur mit der Tarifkommission zu pflegen und der von der Gehilfenschaft eingereichte Tarif wird als grundlegende Unterlage der stattdfindenden Verhandlungen benützt. Eine weitere Hinausschiebung des von uns angebotenen Termins kann von der Gehilfenschaft nicht akzeptiert werden.“

Eine definitive Antwort auf dieses Schreiben ist uns bis zum 8. Mai zukommen zu lassen.“ Die Tarifkommission, die diese Resolution vorlegte, mußte sich eine Aenderung an derselben gefallen lassen, indem die Daten, an welchen die Verhandlungen mit den Meistern beginnen sollen, um 4 Wochen zurückgesetzt wurden. Die Kommission schlug vor, die Verhandlungen sollen Anfangs August beginnen und der Tarif dann am 1. Oktober in Kraft treten. Die Versammlung war der nicht unberechtigten Meinung, daß diese Termine für uns als sehr ungünstig bezeichnet werden müßten. Nun, die Herren Unternehmer kennen die Stimmung ihrer Ar-

beiter, die gestellten Forderungen werden mit Zähigkeit auch vertreten werden. Eins sei noch erwähnt, etliche einseitige Meister gaben rundweg zu, daß die Löhne verbesserungsbedürftig sind.

Wenn ein solches Gliedwerk von Tarif gründlich geändert werden soll, dann sind auch die Verhandlungen nicht auf den St. Nimmerleinstag hinauszuschieben. Das mögen sich die Angehörigen der Chemnitzer Steinmetzinnung merken.

Der Streik in Köln beendet.

Unsere Lohnbewegung setzte am 17. April bei den Werkstellen Jorns Söhne und Vides ein; beide Firmen hatten uns ablehnenden Bescheid geschickt. Bei Jorns Söhne legten sämtliche Kollegen, 14 Mann stark, die Arbeit sofort nieder. Im Laufe des Morgens ebenfalls bei Vides 7 Mann, ein Richtorganisierte arbeitete weiter. Am 18. April und die darauffolgenden Tage legten bei der Aktiengesellschaft Kaiserssteinbruch 12 hier ansässige Kollegen die Arbeit ebenfalls nieder. Die Lohnkommission wurde am 25. April schriftlich zu Jorns Söhne berufen, wo dann eine Einigung zustande kam. Denselben Abend bekamen wir von dort die Forderungen bewilligt und zwar Abschaffung des Akkords, Mindestlohn für 1905 55 Pfg. pro Stunde, für 1906 58 Pfg. und für 1907 60 Pfg. Die übrigen im Tarife gestellten Forderungen wurden ebenfalls bewilligt. Die Lohnsätze von Jorn weichen etwas von den im Tarife vorgesehenen ab. Die übrigen Meister haben den Tarif voll und ganz anerkannt. Diese Lohnsätze sind für 1905: 5 Mk. Tagelohn, 1906: 5.25 Mk., und 1907: 5.50 Mk. bei neunstündiger Arbeitszeit. Am 29. April bewilligte Sauer ebenfalls, da dort die Kündigung der beiden Kollegen abgelaufen war. Am 26. April bewilligte Kaiserssteinbruch. Da die Firma Vides bis heute noch nicht bewilligt hat, beschloß eine am 29. April abgehaltene Versammlung, die Werkstelle zu sperren und die streikenden Kollegen so weit als möglich in andern Werkstellen unterzubringen, die gesperrten Werkplätze aber im Auge zu behalten und Sorge zu tragen, daß dort unsere Forderungen Anerkennung finden.

Die Zahlstelle Köln hat ihre Feuerprobe glänzend bestanden, und die Kollegen haben ganz bedeutende Vorteile errungen. Für die Marmorarbeiter möge dieses geschlossene Vorgehen hoffentlich anfeuernd wirken.

Der Streik in Nabresina beendet.

Der Streik in Nabresina ist beendet. Kein Sieg, aber auch keine Niederlage, ein Waffenstillstand, der geschlossen wurde, der von den Arbeitern unter dem Druck der Verhältnisse geschlossen werden mußte. Die Arbeitsaufnahme erfolgte unter der Zusage der Unternehmer, daß nach erfolgter Aufnahme über die Tariffäge der Steinmetze verhandelt werde. Die Brecher haben gleich zu Beginn des Streiks der Steinmetze eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt, sie legten die Arbeit nur aus Solidarität nieder. Wenig Kämpfe sind mit der Zähigkeit und Ausdauer geführt worden, wie dieser Streik. Am 26. November des Vorjahres begann der Ausstand, nachdem die Arbeitgeber an die Arbeiter das Ansuchen stellten, aus der Organisation auszutreten und zu niedrigeren Preisen zu arbeiten. Die Arbeiter traten zusammen und beschloßen den Streik. Es war vorauszu sehen, daß der Kampf schwierig und langwierig sich gestalten würde, trotzdem wurde der Streikbeschuß auch strikte von allen Arbeitern ausgeführt. Wier-einhalb Monate standen die Arbeiter im Streik, mit der geringsten Unterstützung mußten sie vorlieb nehmen und alle Versuche der Unternehmer, größere Zahlen von Arbeitern zum Abfall zu bringen, scheiterten an dem festen Willen der Ausständigen. Wohl fanden sich einige Streifbrecher, doch die Masse blieb fest. Erst in der letzten Streifwoche kamen größere Scharen Streifbrecher, zumeist bei Beendigung von Bahnbauten arbeitslos gewordene Steinarbeiter ein und damit wurde die Situation gefährlich. Die Arbeiter mußten auf Grund der erhaltenen Zusicherung, daß nach Abschluß des Streiks über die Preise verhandelt wird, zur Aufnahme der Arbeit schreiten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Vorschlagslisten zur Auszahlung von Streikunterstützung sind für die laufende Woche genau ausgefertigt an dem jeweiligen Freitag früh hier einzusenden. Es muß doch eine Kleinigkeit sein, wenn die Streikkommission bis zum jeweiligen Freitag berichtet, so und soviel Geld zum Auszahlen der Streikunterstützung ist für diese Woche notwendig. Wir wissen ja sonst nicht, wieviel Geld abgehandelt werden soll. Es muß betont werden, daß die meisten Streikorte solche Listen nicht einsenden. Wo unserm Ansuchen nicht nachgekommen wird, unterbleibt die Absendung des Geldes.

Diejenigen Mitglieder, welche im 1. Halbjahre eingetreten sind, haben ihre Zeitungsmarke selbstredend zu kleben. Zreiten Kollegen im 2. Halbjahr zum Verbands, so haben dieselben bloß eine solche Marke zu kleben.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin I. Am 20. April fand im Englischen Garten eine Mitglieder-Versammlung statt. Der erste Kassierer gab die Abrechnung vom ersten Quartal 1905. Einer Einnahme von 3680.37 Mk. steht eine Ausgabe von 2314.52 Mk. gegenüber, so daß der Bestand 6315.85 Mk. beträgt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Betreffs Verbreitung des Steinarbeiter entsteht eine erregte Debatte. Die verschiedenen Vorschläge werden gemacht, keiner ist annehmbar. Die Versammlung einigt sich schließlich in der Weise, daß, bis ein anderer akzeptabler Weg gefunden ist, der Steinarbeiter von Vertretern der Plätze und Bauten aus den Zahlstellen, sowie vom Kassierer der Filiale II, Köhler, Berlin, Jahnstraße, abzuholen und an die Kollegen zu verteilen sei. In nächster Zeit wird sich durch Vermittlung der Gewerkschaftskommission hoffentlich eine andere Verbreitungsweise einführen lassen. Die Kollegen in den Worten, sowie diejenigen, welche nach auswärtigen Bauten ihre Zeitung per Kreuzband von Berlin erhalten, seien darauf hingewiesen, daß derselbe nicht mehr erhandelt wird. Von den am Neuen Palais arbeitenden ausgeschlossenen Kollegen wurde die Versammlung um Wiederaufnahme in den Verband ersucht. Fünf derselben waren persönlich erschienen und trugen ihr Geschick vor.

Die Versammlung antwortete mit dem erneuten vorjährigen Beschuß: „Wer unter Tarif arbeitet, wird aus dem Verband ausgeschlossen.“ Da nun die betreffenden Kollegen auch zurzeit noch nicht tarifmäßig bezahlt werden, so wurden und mußten sie abschlägig beschieden werden. Der Gesellenausschuß soll in dieser Angelegenheit vorfellig werden. In die Gauleitung wurden gewählt die Kollegen Walther und Alwin Meyer. Unterstützungen wurden dem Kollegen Friedrich Franke und der Witwe Birsch bewilligt. Mißstände bei sogenannten Vereinbarungszeiten bei Anfertigung von Brüstungsplatten, welche sich in letzter Zeit bei der Firma Niggel herausbildeten, wurden durch die Entscheidung Gauleitung der Kollegen beseitigt und besagte Arbeit im Tagelohn angefertigt. Dem Vernehmen nach gedenkt die Fabrik für Kunststeinverwertung Gebr. Frießle durch Heranziehung von bayrischen Steinmetzen, welche sich hier als „Stamper“ bezeichnen sollen, den „norddeutschen“ Steinmetzen (welche alle „fremd“ sind) einzusatzumischen, insbesondere aus Ulm an der Donau sollen solche Arbeiter herangezogen werden. Die Verwaltung nahm davon Kenntnis.

Berlin II. Am Mittwoch, den 19. April, fand im Englischen Garten die übliche Monatsversammlung statt, in welcher vom Kassierer die Abrechnung verlesen wurde. Die Einnahme betrug 1571.26 Mk., die Ausgabe 1280.40 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 290.86 Mk. Die Revisoren bestätigten, daß sie alles in bester Ordnung befunden hätten. Gleichzeitig wurden die Platzvertreter beauftragt, sämtliche Bücher einzufordern und am nächsten Jahrtag beim Kassierer abzugeben zwecks Vergleichung mit den Hauptbüchern. Kollegen, die in der Versammlung nicht anwesend waren, sowie auch alle Einzelzahler mögen hiervon Kenntnis nehmen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Frage gestellt: Wie stellen sich die Kollegen zur Kündigung des Tarifs? Dieser Punkt mußte wegen zu schlechten Besuchs im Vergleich zu unserer Mitgliederzahl vertagt werden. Hierauf kam die Verbreitung des Steinarbeiters zur Sprache. Die Ratetfahrt hat nämlich die Zeitungsexpedition mit dem 15. April eingestellt, da sie angeblich dabei nicht zurecht kommt. Um nun den Kasseebestand soviel wie möglich zu erhalten, war vom Vorstand von Berlin I und II der Antrag gestellt worden, die Zeitungen in vier Zahlstellen auszuliegen. Nach recht reger Diskussion wurde, da trotz vielen Redens doch kein besserer Vorschlag gemacht wurde, dieser Antrag angenommen. Die Zahlstellen befinden sich: für den Westen: Dorfstraße 22 bei Gutschke; für den Norden: Stephanstraße 11 bei Faber; für den Süden: Jahnstraße 19 bei Köhler; für den Osten und Zentrum: Krausenstraße 18 bei Glawe. Die Zeitungen liegen daselbst sowohl für Berlin I als auch für Berlin II aus.

Brudmühl. Hier fand am 29. April eine sehr gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung statt, in der die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt und von den Revisoren richtig befunden wurde. Es kam weiter zur Diskussion über den neuen vorgelegten Tarif der Marmorarbeiter, in welchem sich dieselben gegen den alten zurückgesetzt fühlen. Auch wurde das gewohnheitsmäßige und freiwillige Ueberstundenmachen bei einigen Kollegen scharf gerügt, wodurch die Preise gedrückt werden. Mehrere neue Aufnahmen wurden für den Verband in letzterer Zeit gemacht, daher wäre es sehr angebracht, daß, da seit anderthalb Jahren keine öffentliche Versammlung wegen Mangels an Referenten stattgefunden hat, in Zukunft eine solche abzuhalten und ein Referent von der Gauleitung oder Zentralverwaltung dazu gestellt wird.

Danzig. Sonnabend, den 15. April, fand im Lokale Wolters eine außerordentliche Versammlung statt, welche sich hauptsächlich mit dem Fall unseres früheren Kassierers Lehmann zu beschäftigen hatte. Im ersten Punkt der Tagesordnung machte sich die Wahl eines Kassierers nötig, wozu unser bisheriger Vorsitzender Paul Reis und an dessen Stelle Kollege Rittsteiner gewählt wurde. Zum Fall Lehmann ist folgendes zu berichten, damit die Kollegen sich ein klares Bild machen können. Als im Juli vorigen Jahres unsre Zahlstelle gegründet wurde, wurde Lehmann als Kassierer gewählt und war gerade Platz Drehling unser Hauptstützpunkt. Jedoch ließ Herr Drehling am 22. Aug. seine Steinmetzen in die Wohnung kommen (da er verhindert war, auf den Platz zu gehen, denn er hat sich ein Leiden zugezogen, so daß er nur noch am Stode gehen kann und die meiste Zeit bettlägerig ist, natürlich ist er schon seit 3 Jahren Gutmepeler) und sagte zu ihnen, daß er nicht dulden könne, seine Leute in einem sozialdemokratischen Verein zu wissen. Auf § 152 der Gewerbeordnung aufmerksam gemacht, gestand er ja zu, sie könnten selbst einen Verein gründen, und wollte Herr Drehling auch hintonnen und ihnen Vorträge halten. Aber aus dem Verbands der Steinarbeiter müßten sie austreten, sonst müßte er sie in 14 Tagen entlassen. Als er nun sah, daß die Kollegen mit keinem Vorschlag nicht einverstanden waren, sagte er: „Dann kommt Ihr gleich gehen!“ und sie taten es. Hier war auch Kollege Lehmann dabei. Es wurden dann von seiten der andern Kollegen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Ausgesperrten unterzubringen, was uns auch bei 4 Mann gelang, und der fünfte ging zu einem andern Beruf über. Als aber im Herbst und auch im Winter der Antrag gestellt wurde, die Platzsperrre aufzuheben, war Herr Lehmann der erste, der dagegen protestierte. Da man ferner aber an der Wichtigkeit der Durchführung des Kollegen Lehmann als Kassierer zweifelte, wurde eine Kommission gewählt, die Sachen zu prüfen. Die Prüfung fiel zuungunsten Lehmanns aus. Dieses wurde ihm mitgeteilt und er gebeten, mit uns innerhalb acht Tagen die Sache zu regeln. Aber Lehmann fühlte sich nicht betrogen, persönlich Rede zu stehen, sondern gab gar keine Antwort, und so bleibt uns nur ein Weg offen: ihn zu verklagen, wozu auch die Kommission nötigenfalls den Auftrag erhielt. Zu Punkt 3 wurde die Platzsperrre über Platz Drehling aufgehoben, und die Kollegen versprochen auch, trotz dieses Falles, unermüßlich zu agitieren und den Verband hochzuhalten.

Erfurt. Die hiesige Lohnbewegung scheint zu einem Kampfe führen zu wollen. Die Kollegen mußten sich 1903 mächtige Tarifreduzierungen gefallen lassen und sie verlangen deshalb, daß der frühere Tarif wieder hergestellt wird. In einer am 2. Mai stattgefundenen Versammlung, wo Kollege Staudinger anwesend war, nahm man zu den Zugeständnissen der Meister Stellung. Die Ansicht der Versammlung ging dahin, die von den Kollegen eingereichte Vorlage hochzuhalten und neue Verhandlungen anzubahnen. Hoffentlich führen dieselben zu einem erfreulichen Resultat. Da die Herren Meister, insbesondere bei der letzten Unterhandlung, sehr brüst auftraten, so gewinnt es den Anschein, als wollten sie auf unsre Forderungen nicht eingehen. Zugunach Erfurt ist streng fernzuhalten.

Freiburg in Baden. Am Dienstag, den 25. April, fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, nur die Kollegen von den Plätzen A. Kiesel und Renz waren sehr schwach vertreten. Meister Rebmann versuchte es diesmal, die Kollegen am Jahrtage sehr knapp abzupeifen. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen, welche dem Herrn zugeschickt werden soll, um ihn für die Zukunft auf die eventuellen Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Die durch den vorjährigen Streik errungene Arbeitsordnung, welche diesen Winter von den Vereinigten Steinhaumeistern im Uebermüde gefündigt wurde, ist wieder zur Geltung gebracht. Nachdem man glaubte, es könnte wieder zum Neuzerster kommen, ist durch die Einigkeit der Kollegen wieder ein schöner Erfolg erzielt worden, indem einer nach dem andern von den Herren Meistern uns die schriftliche Zusicherung zuschickte, daß sie den Vertrag wieder weiter anerkennen. Auch Meister Lorenz Wüß teilte uns mit, daß er den Vertrag wieder unterschreibe, gleichzeitig legte er noch den Posten als Obmann der Meistervereinigung nieder. Nachdem auch dieser Herr mit uns nicht fertig wurde, sollte doch den Herren Meistern die Ueberzeugung aufkommen, daß der Verband ein Faktor ist, mit dem sie rechnen müssen, und daß eine Verständigung auf friedlichem Wege für beide Teile nur

von Nutzen sein kann. Ueber Punkt Beitragsverhöhung entspann sich eine Debatte und wurde mit geheimem Abstimmen ein Antrag einstimmig angenommen. Nach dem wird ab 1. Mai der Beitrag pro Woche auf 50 Pfg. erhöht und muß ein jeder Kollege die Zeitungs- und Delegiertenmarken noch extra kleben. Eine Anfrage, wie es mit dem ausgeliehenen Gelde während des Streites stehe, mußte von dem Kollegen Droll leider dahin beantwortet werden, daß die Kollegen Anton Kiefer, Joseph Köfler und Robert Wühl bis jetzt ihr Versprechen noch nicht eingelöst haben, trotzdem schon ein volles Jahr seither verfloßen ist. Auch mit dem Kollegen Georg Eberhardt sei die Sache noch nicht im reinen. Dessen deutsches Buch und ein schweizerisches liege hier; der Schriftführer vom Baseler Verband habe sich beim Zentralleiter Starke beschwert; seit Wochen hat der Kollege Joh. Haufer in Basel zum zweitenmal Aufschluß verlangt, und immer ist noch nichts geschehen. Hoffentlich wird denn doch die Sache einmal geregelt. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Firma Wagh u. Krüger bis jetzt den Beitrag noch nicht wieder anerkannt hat. Es ist zwar nur ein Kollege zurzeit dort in Arbeit, jedoch die Unterschrift hätten diese Herren uns gerade so gut zuschicken können, wie die andern, dann wäre die Sache wieder voll im Geleise. Wie es scheint, ist diesen Herren ihre zweijährige Meisterherlichkeit so zu Kopfe gestiegen, daß sie uns nicht mehr für nötig halten. Ueber deren Geschäft ist die Sperre verhängt, bis sich dieselben auch fügen, und machen wir sämtliche reisende Kollegen, welche im Sinne haben, Freiburg zu berühren, darauf aufmerksam.

Rappelrodek. Am 24. April fand im Gasthaus zum Rebstock eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Deutsche und italienische Kollegen waren stark vertreten, hauptsächlich wegen der Abhaltung der Maifeier. Neuaufgenommen in den Verband wurden drei Kollegen. Bei Punkt Verschiedenes wurde lebhaft kritisiert. Ueber Platz Kromer, Bruch Sasbachwalden, Geschäftsführer Karlsruhe, wurde laut Beschluß der Versammlung die Sperre verhängt. Kromer sucht in allen Blättern Arbeiter. Er gibt alles im wilden Afford. Brechen, Säuen, Geschirrschärfen, Steine ausgraben, Fuhelohn bezahlen — dies alles muß der Arbeiter bestreiten. Es sollten die Kollegen nicht so leicht auf die Zeitungsinserate hereinfallen, sie sollten sich lieber in den Zahlstellen erkundigen. In hiesiger Gegend ist im allgemeinen nicht viel Gutes zu finden. Die Löhne sind hier im allgemeinen sehr miserabel.

Mannheim. Am 19. April fand hier im Gewerkschaftshaus eine Steinarbeiterversammlung statt, in welcher Gauleiter Koll. Kraft einen Vortrag hielt über: Die Lohnbewegung im 10. Gau. Redner weist besonders auf das Waschen und Wirten der Organisation in unserer Gegend in den letzten zehn Jahren hin, wie an Stelle der früheren Arbeitszeit von frühmorgens bis abends zuerst der Zehn- und dann der Neunhundentag getreten und der Stundenlohn von 40—45 Pfg. auf 50—60 und 65 Pfg. gekommen sei. Außerdem verweist der Redner auf die Ursachen des Streiks in Kaiserlautern und den Sieg, den die Steinarbeiter durch ihre Einigkeit erzielten, sowie auf die Bewegung der Steinarbeiter in verschiedenen Städten des 10. Gaues und schloß mit dem Wunsch, daß auch die Steinhauer in Mannheim endlich einig werden und sich alle der Organisation anschließen möchten. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung des ersten Quartals und wurde, nachdem dieselbe von den Revisoren für richtig erklärt war, dem Kassierer Decharge erteilt. Um in der Stadt selbst eine bessere Agitation entfalten zu können, wurde ein örtliches Agitationskomitee von drei Mann gewählt.

Nienburg a. d. Weser. Zurzeit arbeiten hier auf zwei Plätzen zehn Kollegen. Von diesen sind 7 Mann organisiert. Wir kamen zwecks einer Besprechung zusammen und beschloßen, die Erhöhung des Stundenlohns von 45 auf 50 Pfg. zu fordern. Die Forderung wurde eine Woche vor Ostern eingereicht. Auf Platz Schnelle belamen wir bewilligt, auf Platz Köhlischmidt waren drei Kollegen, noch ehe sie die Forderung einreichten, denunziert worden. Als die Kollegen Montag früh zur Arbeit kamen, erhielten selbige gekündigt. Bei der Besprechung waren zwei Mann gegen Aufhebung des Lohnes mit der Begründung, daß der Lohn vor zwei Jahren erst von 40 auf 45 Pfg. gestiegen ist und da könnten sie jetzt nicht schon wieder mehr fordern. Einer davon, ein Organist, leutert mit Namen, sagte: „Ich bin für 45 Pfg. eingestellt und da kann ich keine 50 Pfg. verlangen!“ (Du heilige Einfalt!) Mit solchen Gesellen kann sich ein Meister freuen. Wir möchten die Durchreisenden ersuchen, erst auf Platz Schnelle zuzusprechen, damit sie über die Lage aufgeklärt werden können. Hoffentlich liegt die Zeit nicht mehr fern, wo auch Herr Köhlischmidt gezwungen ist, den Lohn zu bezahlen.

Odenburg. Am 15. April fand im Lokale des Kollegen Grenzer eine Versammlung der Steinarbeiter Odenburgs statt. Es wurde die Wahl des Vorstandes vollzogen, da unser bisheriger Vertrauensmann Kollege Heinrich Amend sein Amt krankheits halber nicht weiter versehen konnte, wurde an seine Stelle Kollege Adolf Kubitschek gewählt, das Amt als Kassierer übernahm wieder Kollege Hermann Stute, als Schriftführer und Kartelldelegierter wurde Kollege Rich. Schiller gewählt. In Punkt 2, Gauvorsteherkonferenz betreffend, wurde beschlossen, da die örtliche Kasse nicht zum besten bestellt ist, uns durch unsern Gauleiter Karl Maus mit vertreten zu lassen. Unter Punkt Verschiedenes wurde das Benehmen des Kollegen Hübnner einer scharfen berechtigten Kritik unterzogen, da er sehr grobe und gemeine Beleidigungen dem Kollegen Schiller gegenüber ausgesprochen hatte. Die anwesenden Kollegen mißbilligten solche ungerechtfertigten Äußerungen und wurde Kollegen Hübnner von den Anwesenden nahegelegt, daß solche Redensarten gerade auf seine Person zutreffen, da er durch sein Benehmen, wie er es an den Tag legt, die Interessen seiner Kollegen aufs schwerste schädigt und schon geschädigt hat, sein Verhalten ist nicht geeignet, die Kollegialität unter uns zu fördern.

Osternwald. Am 22. April fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung im Lokale des Herrn Ahrens-Gameln statt. Es wurde zunächst über unsere Lohnbewegung gesprochen und den Versammelten ans Herz gelegt, in Zukunft für die Interessen des Verbandes tätig zu sein. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal, die Revisoren bestätigten deren Richtigkeit. Auch wurde über die Krankenzuschüsse genügend diskutiert und beschlossen, auf den Plätzen eine Urabstimmung vorzunehmen, ob und wann dieselbe in Kraft treten soll. Es wurde dann über die Gaukonferenz gesprochen und der Antrag gestellt: Die Gaukonferenz möge beschließen, den Gaubeitrag der Zahlstelle festzusetzen auf 10 Pfg. pro Mitglied und Monat. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurde ferner beschlossen, zwei Delegierte zur Gaukonferenz zu schicken und die Kollegen Rude und Sporleder gewählt.

Plauen. Am 13. April tagte im Gewerkschaftshaus Schiller-garten eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche gut besucht war. Zu Punkt 1: Tarifangelegenheiten, wurde der Verband anheimgestellt, ob wir in der Lage sind, denselben zu kündigen. Die Debatte darüber war eine eingehende. Sämtliche Redner aber beschränkten sich darauf, zu erklären, daß die Konjunktur nicht die beste ist. Daher ermahnte der Vorstand die Versammlung, recht vorsichtig zu sein, um keine unliebsamen Schritte zu tun. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Versammlung möge beschließen, den jetzt bestehenden Tarif aufrecht zu erhalten; von einer Kündigung für dieses Jahr ist abzusehen und eine günstige Konjunktur abzuwarten.“ Unter Punkt 2: Platzangelegenheiten, wurden die Zustände eines Platzes scharf getadelt, da erstens die Bundesratsverwaltung wenig berücksichtigt wird und zweitens die Behandlung den Kollegen gegenüber eine etwas bessere sein könnte. Im 3. Punkt: Verschiedenes, kam eine vom Gewerkschaftsamt zugegangene Resolution zur Sprache, welche etwas weitgehend war und in dieser Weise gehalten wurde: Die Gewerkschaftsvorstände mögen in ihren Versammlungen darüber beraten, da das Sammelstellenwesen nicht mehr zeitgemäß ist, einen Streifens durch eine „helle Kopffsteuer“ oder prozentweise aufzubringen, welcher

der Generalkommission zur Verfügung steht. Wir haben uns diese Resolution auf einer andern Versammlung vorbehalten. Betreffs des 1. Mai wurde den Kollegen anheimgestellt, den Tag möglichst zu feiern, damit aber keine Differenzen entstehen, mögen die Kollegen platzweise Erlaubnis einholen, jedes andre Vorgehen übernimmt ein jeder einzelne auf seine Verantwortung.

Potsdam. In der am 17. April abgehaltenen Versammlung wurde Kollege Side als Schriftführer gewählt. In der hierauf folgenden Lohnfrage wurde das Verhalten der Geschäftsleitung gerügt, welche ohne weiteres unsere Lohnbewegung als für zu unsern Gunsten erledigt erklärt, trotzdem dieses noch lange nicht der Fall ist. Eine längere Debatte entspann sich in der Palaisangelegenheit. Kollege Heim erklärt, daß jetzt endlich ein einheitlicher Lohn von 75 Pfg. pro Stunde bei achtstündiger Arbeitszeit errungen ist. Einige Berliner Kollegen möchten aber lieber 9 Stunden zu 70 Pfg. arbeiten, da sie dann 30 Pfg. pro Tag mehr hätten. Es sind dies natürlich dieselben Kollegen, die schon gleich zu Anfang die Palaisfrage illusorisch machten. Die Versammlung beschloß, den endlich errungenen einheitlichen Lohn für immer hochzuhalten. Kollegen Schäfer wurden vorläufig aus der Ortskasse 20 Mark Maßregelungsunterstützung bewilligt, bis die Angelegenheit durch die Zentralleitung erledigt ist. Die Kollegen, welche am 1. Mai arbeiten müssen, zahlen 1 Mark, welche der Ortskasse zugeführt wird.

Rundschau.

Ein Königstreuer Arbeiter als Majestätsbeleidiger. Mit einem Majestätsbeleidigungsprozeß, der schon deshalb eines komischen Anstrichs nicht entbehrt, weil der Angeklagte sowohl als der Denunziant Ausschußmitglieder des ultramontanen Verbandes der Post- und Telegraphenbediensteten sind, der sich bisher auf seine Königstreue nicht wenig einbildete, hatte sich am 17. 3. die 1. Strafkammer in München bei Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschäftigen. Wegen je eines Vergehens der Beleidigung des deutschen Kaisers, des Kronprinzen, des Prinzen Ruprecht und der Prinzessin Ludivig Ferdinand von Bayern hatte sich der 51 Jahre alte Arbeiter im Telephonamt Wilhelm Flechsel zu verantworten. Er wurde beschuldigt, daß er anlässlich der kronprinzlichen „Eнден“-Neujahrsfeier in der Werkstätte gegenüber den Telephonarbeitern Johann Haller und Joseph Springer Beleidigungen in bezug auf den Kronprinzen und seinen kaiserlichen Vater ausgesprochen habe. Ferner habe er die Orientreise des Prinzen Ruprecht von Bayern zum Gegenstand beleidigend kritischer Betrachtungen gemacht. Endlich gab ihm die Kritik, die die liberale Presse im Herbst 1904 an das Erscheinen der Prinzessin Ludivig Ferdinand auf dem deutschen Katholikentag zu Regensburg knüpfte, Veranlassung, Angriffe auf die Frauenehre der Prinzessin zu machen. Der Angeklagte Flechsel versuchte den ihm zur Last gelegten Äußerungen eine andre Deutung zu geben. Die ganze Anzeige sei ein Macheakt des ihm unterstellten Arbeiters Haller, den er wegen seiner aufrührerischen Reden und eines von ihm verfaßten Zeitungsartikels im Verbandsorgan der vorgelegten Behörde gemeldet habe. Die Feindschaft zwischen ihm und Haller habe außerdem darin ihre Ursache, daß Haller, der das Amt eines Obmannes bekleidete, auf seine Veranlassung wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern aus dem Postverbande ausgeschlossen worden sei. Der Staatsanwalt beantragte in Rücksicht auf die Schwere und die Höhe der Beleidigungen eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten. Das Urteil gegen den Königstreuen Majestätsbeleidiger lautete auf vier Monate Gefängnis! Die Mitglieder des ultramontanen Postverbandes werden schon mit ihrem Eintritt in den Verband auf ihre Königstreue Gefinnung geachtet.

Potsdam. Am Mittwoch, den 26. April, ereignete sich hier selbst am Neubau des Rechnungshofes für das Deutsche Reich ein größliches Unglück. Der Steinmetz Julius Halm war daselbst beim Verlegen des Granitsockels beschäftigt. Das Mauertwerk war an einer Stelle zu hoch, und während zwei Arbeiter andrückten, versuchte Halm, das Mauertwerk an der betreffenden Stelle zu schwächen. Plötzlich schlug das Stück um und betrub den Kollegen unter sich. Er starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Derselbe ist verheiratet und Vater von drei unmündigen Kindern im Alter von 7, 5 und 2 Jahren.

Ottenshöfen. Kürzlich passierte in dem neuen Steinbruch der Gesellschaft Achertaler Granitwerke in Furchenbach ein Unglück. Ein Kollege von Kappelrodek, namens Königer, wurde beim Steinbringen von einem von der Ladung ausgeworfenen Stein getroffen und lebensgefährlich verletzt. Derselbe wurde in das Spital nach Achern gebracht. Dort ist Königer auch seinen Verletzungen erlegen.

Eine Konferenz der Arbeitersekretäre wird im Anschluß an den Gewerkschaftskongreß in Köln auf Veranlassung der Generalkommission der Gewerkschaften tagen. Sie soll verhandeln über Statistik, Auskunftsverteilung an Unorganisierte und Gebührenerhebung, Ausbildung und Weiterbildung der Sekretäre und über ärztliche Gutachten.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 31. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schiller und die Gegenwart. — Die Rebellionen in Schillers Dramen. Von R. Kautsky. — Schiller und die großen Sozialisten. Von Franz Mehring. — „Chret die Frauen!“ Das Scheitern des Zehnstundengesetzes für Arbeiterinnen. Von Emanuel Wurm.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute. **Bremen.** Von Leipzig wurden mir die Bücher nachstehender Kollegen überwiesen, die schon 14 Tage in meinen Händen sind, ohne von den Inhabern eingefordert zu werden: Johannes Salz, geb. den 30. Juni 1888 zu Altona (Verb.-Nr. 13882); Wilhelm Verdin, geb. den 6. Januar 1874 zu Hundsbock (Verb.-Nr. 27858). Beide zuletzt in Hamburg II. **H. Krahn, Kassierer.**

Adressen-Änderungen.

Dortmund. Vorsitzender: Artur Wenzel, Körne bei Dortmund, Güntherstraße 3. Kassierer: Heinrich Böding, Heilige Gartenstraße 40. **Quentel.** Vorsitzender: Emil Bleßmann, Quentel, Post Fürstentagen, Reg.-Bez. Kassel. Kassierer: Karl Schuermann, Quentel. **Reinheim im Odenwald.** Vorsitzender: Joh. Sigl, Friedrichstraße. **St. Johann-Saarbrücken.** Vorsitzender: Franz Engel, Saarbrücken, Talstraße 4. Kassierer: Joseph Bouré, Walfst., Breitenbachstraße 4. **Magdeburg.** Vorsitzender: Fr. Wahrensdorf, Helmstedter Straße 9. Kassierer: August Fangohr, Diesdorf bei Magdeburg. **Ludwigsfelde.** Vorsitzender: Johannes Umerl, Rundenheimer Str. 246.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25 bis mit 29. April 1905.
Augsburg, Beitrag 84.—, Eintrittsmarken 1.—; Sehlheim, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 10.—; Nebra, Beitrag 60.80; Mächeln, Beitrag 180.—; Osnabrück, Beitrag 20.—, Eintrittsmarken 2.50, Delegiertensteuer 7.50; Berlin II, Beitrag 320.—; Ottenhöfen, ? 114.86; Wunsiedel, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 0.50; Neustadt a. S., Beitrag 88.08, Eintrittsmarken 6.—, Delegiertensteuer 1.75, Zeitungsmarken 6.50; Vahr, Beitrag 28.—; Brauweiler, Beitrag 24.96, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 0.25; Wschaffenburg, Beitrag 15.15, Eintrittsmarken 6.—, Delegiertensteuer 2.50, Maimarken 2.75; Lauenberg, Beitrag 16.47, Eintrittsmarken 1.—, Delegiertensteuer 0.25, Zeitungsmarken 2.—; St. Johann, Beitrag 6.—, Eintrittsmarken 9.—; Colmar, Beitrag 11.40; Berl., Beitrag 8.90; Tangermünde, Beitrag 6.55; Unna, Beitrag 4.70; Malsch, Beitrag 3.30; Rothenburg a. T., Inserat 2.—; Wiesl., Beitrag 1.70; Straßburg, Beitrag 140.—; Mannheim, Beitrag 96.—; Kirchheim, Beitrag 77.—, Eintrittsmarken 1.—; Kirchbach, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 15.—; Serrau-Wöhr, Beitrag 38.08; Obermendig, Beitrag 5.80; Wittingen, Beitrag 2.45; Alt-Barthau (Kohl), Inserat 1.05; Halle, Beitrag 64.—, Abonnement 0.60; Treuen, Beitrag 32.—, Delegiertensteuer 3.75, Zeitungsmarken 15.—; Ferne, Beitrag 12.45; Heiligenkirchen, Beitrag 3.45; Striegau, Beitrag 506.75, Eintrittsmarken 11.—, Abonnement 3.25, Streifenunterstützung 78.32; Chemnitz, Beitrag 160.—; Strehlen, Beitrag 275.—, Abonnement 3.60; Steinheim, Beitrag 3.70; Kiefernfelden, Beitrag 64.—; Erfurt, Beitrag 21.—.

Felix Lange, Kassierer.

Briefkasten.

Oblsdorf. Die Versammlung tagte am 12. April und der Bericht ging am 26. April ein. Der Bericht wird deshalb abgelehnt. — **Westfalen.** Selbstredend kannst Du Entschädigung verlangen. Woher nimmst du bessere Meisterlein das Recht, wenn keine Kündigung besteht, Dich drei Tage auf den Lohn warten zu lassen. Das angegebene Amtsgericht ist zuständig. Die Vertretung stellt Dir sicher das Kartell. — **Berlin, Neugirterger.** Auf dem Kongreß zu Hof (Bayern) 1897. — **Berlin, G. K.** Besten Dank. — **Hamburg, J.** Eignet sich leider nicht zur Veröffentlichung. Die Berichte über die Beteiligung unserer Kollegen an der Maifeier gingen beinahe alle erst Mittwoch ein, so daß eine Veröffentlichung derselben in dieser Nummer nicht mehr erfolgen konnte. Für die nächste Nummer ist die Publikation selbstredend hinfällig.

Anzeigen.

Niederhausen i. Odenwald.

Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr

Steinarbeiter-Versammlung

im Gasthaus von Philipp Schantz.

Tagelobnung: 1. Klassentamp des Proletariats. Referent: Kollege Heinrich Hänsler aus Frankfurt a. M. 2. Diskussion. Der Vorstand der Zahlstelle Reinheim.

Prima Stahl für härteste Granite

pro 100 Kg. Mk. 62.—, empfiehlt unter Garantie

Ernst Fritzsche, Kiel, Ringstrasse 39.

Wir suchen für Leitung und Betrieb unfres Sandsteinbruchs nebst Steinmehlbetrieb im Odenwald einen thätigen energischen

Polier.

Reflektanten, die schon ähnliche Posten bekleidet, wollen sich unter Angabe ihrer seitherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche umgehend melden.

Bensheimer Baugeschäft.

Conrad Loew & Cie.
Bensheim (Hessen).

Für einen größeren Kalksteinbruch mit maschinellen Betrieb wird ein

Betriebsleiter

bei bauender Stellung gesucht. Maschineningenieure, die ähnliche Stellen inne gehabt, werden bevorzugt. Bewerber wollen Lebenslauf, Zeugnisse und Gehaltsansprüche einsenden unter S. G. 7161 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Todes-Anzeigen.

Am 20. April verstarb nach kaum 8tägiger Berufskrankheit im Krankenhaus zu Leipzig unser Kollege

Franz Lugmayer

geboren zu Mauthausen (Oesterreich) im 39. Lebensjahre.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Zahlstelle Leipzig I.

Am 21. April verschied unser Kollege

Joseph Kühnel

im Alter von 50 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Reudorf I.

Am 22. April starb unser Kollege

Arthur Schmidt

nach längerem Leiden im Alter von 34 Jahren 4 Monaten an der Berufskrankheit.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Selb (Sichelgebirge).

Am Mittwoch, den 26. April, starb plötzlich durch Unglücksfall unser lieber Kollege, der Steinmetz

Julius Halm

im 37. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kollegen der Zahlstelle Potsdam.

Verantwortlicher Redakteur: A. Stauding er, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.